

DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 30.03.2023

Fraktion	Betreff des DAes
ÖVP	Verkehrsstrategie für Graz und Verkehrskonzept für das Uni-Viertel <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr)</i>
ÖVP	Maßnahmenpaket für die durch die Baustelle der Innenstadt-Entlastungsstrecke betroffenen BewohnerInnen, Betriebe und BesucherInnen <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Antrag abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr)</i>
KFG	Abschaffung der Steiermärkischen Landesabgabe <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr)</i>
KFG	Deutsch an Grazer Schulhöfen <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, Lohr)</i>
Neos	Mobile Verschattungselemente für ausgewiesene Hitze-Hotspots <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
GR G. Wagner, FPÖ	Grillverbot Auwiesen <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Antrag abgelehnt (gegen KFG, FPÖ, Lohr)</i>

Clubobfrau Daniela GMEINBAUER

30. März 2023

A N T R A G **zur** **Dringlichen Behandlung**

Betreff: Verkehrsstrategie für Graz und Verkehrskonzept für das Uni-Viertel

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Verkehr bleibt ein viel diskutiertes Thema in unserer Stadt. Die Verkehrsproblematik wird nicht nur in Graz im Spannungsfeld zwischen nachhaltiger Entwicklung und gesellschaftlicher Notwendigkeiten, ökologischen Überlegungen und radikalen Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und nicht zuletzt zwischen rigiden verkehrspolitischen Standpunkten von Verantwortungsträgerinnen und –trägern und den Bedürfnissen und Wünschen der breiten Bevölkerung und der Anwohnerinnen und Anwohner verhandelt.

Es geht in dieser Frage um soziale Gerechtigkeit ebenso, wie um eine gerechte Aufteilung des öffentlichen Raums. Es geht um die ökologische und wirtschaftliche Verträglichkeit von Maßnahmen und um das ständige Evaluieren und Implementieren technologischer Innovationen. Es geht um die Berücksichtigung von veränderten Bedingungen in gesellschaftspolitischen Fragen der Arbeit, des Wohnens, der Pflege und Kinder- wie Altenbetreuung und des Einkaufsverhaltens.

Vor allem aber muss es dabei um das Miteinander, das gedeihliche Auskommen aller Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmern gehen.

Das wiederum erfordert eine offene, ehrliche und umfangreiche Diskussion und Kommunikation über und der Beweggründe für politische Entscheidungen und deren Vollzug, die von den unmittelbar betroffenen Grazerinnen und Grazern mitgetragen werden müssen.

Denn die Anerkennung und Legitimität von Maßnahmen durch die Mehrheit der Bevölkerung und damit deren gesellschaftliche Akzeptanz erfolgt eben dann, wenn sie rational, konsistent und nachvollziehbar sind. Sind sie das nicht, fehlen diese Diskussion und Kommunikation, wird es im Regelfall zu Unverständnis, Widerstand und einer Polarisierung der Bevölkerung kommen.

Etwas, das wir derzeit intensiv in Graz erleben!

Anrainerinnen und Anrainer fühlen sich ungehört, im Stich gelassen, sie haben das Gefühl, dass man „über sie drüberfähre“. Dieses Gefühl wird erzeugt, in dem man Menschen vor vollendete Tatsachen stellt, Versprechungen und Zusagen entweder widerruft oder abschwächt, Ideologie vor Bürgerinnen- und Bürgerbedürfnissen stellt und sie wie Bittsteller behandelt.

So fühlen sich zumindest viele Anwohnerinnen und Anwohner des „Uni-Viertels“, welchen man in sukzessiven Schritten immer mehr Parkmöglichkeiten nimmt, eine zugesagte Anwohnerinnen- und Anwohner-Garage einmal zu- dann absagt und welchen man dann auch noch nonchalant die Sorgen abspricht.

So fühlen sich Familien und Wirtschaftstreibende, die in der Innenstadt ansässig sind, wenn ihnen plötzlich erklärt wird, ihr „Auto ist zu fett“ und man sie deshalb in Zukunft noch kräftiger zur Kasse bittet.

So fühlen sich Menschen, die nach einem langen Arbeitstag stundenlang auf der Suche nach einem Parkplatz durch ihren Bezirk kreisen, obwohl man ihnen sagt, es gäbe doch genug davon.

So fühlen sich betagte, kranke oder körperlich beeinträchtigte Personen, denen man ausrichtet, ihren Einkauf 900 Meter vom Auto zu ihrer Wohnung zu schleppen, sei doch wirklich zumutbar.

So fühlen sich Menschen, die bereit sind, teuer Tiefgaragenplätze zu mieten, obwohl ihnen gesagt wird, es stünden ja ohnehin genug auf der Straße zur Verfügung.

So fühlen sich Pendlerinnen und Pendler, die seit geraumer Zeit auf den seit 2019 geplanten Ausbau der überfüllten Park & Ride - Anlage am Murpark warten.

Diese Auflistung zeigt nur exemplarisch, wie unzufrieden die Grazerinnen und Grazer mit der derzeitigen Verkehrspolitik sind, die von der Verantwortlichen mit vermeintlicher moralischer Überlegenheit über den motorisierten Individualverkehr ohne Rücksicht, ohne Feingefühl und ohne den Blick auf den Zusammenhalt der Grazerinnen und Grazer durchgezogen wird.

Wir fordern als Grazer Volkspartei daher einmal mehr ein faires Miteinander im Verkehr, ein schlüssiges, fundiertes und evaluierbares Gesamtkonzept für den Grazer Verkehr, das Mitnehmen aller Verkehrsteilnehmer:innen hin zur sanften Mobilität ohne Zwang, ohne nicht hinnehmbare, schikanöse Unzumutbarkeiten gegenüber Menschen, die auf ihr Auto aus verschiedenen Gründen angewiesen sind.

Wir fordern den Grazer Verkehrspakt!

Verkehrspolitische Entscheidungen, wie sie derzeit getroffen und umgesetzt werden, sind im hohen Maße abseits parteipolitisch motivierter, ideologischer Auffassungen begründungsbedürftig, um breite gesellschaftliche Akzeptanz, Verständnis und sozialen Frieden zu bewahren und zu erreichen.

Um diese Basis herzustellen, stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Dringlichen Antrag

Die für Verkehrsagenden zuständige Vizebürgermeisterin Mag^a. Judith Schwentner wird aufgefordert.

1. Ein Gesamtkonzept für die Verkehrsstrategie der kommenden Jahre bis zur GR-Sitzung im September heurigen Jahres vorzulegen. Dieses Gesamtkonzept hat auf jeden Fall zu enthalten:
 - a) Anzahl der geplanten Park & Ride-Anlagen in Graz.
 - b) Anzahl der geplanten Streichungen von bewirtschafteten Parkplätzen.
 - c) Anzahl der dafür vorgesehenen Ersatzmaßnahmen.
 - d) Anzahl und Standorte der geplanten Grünen Meilen.
 - e) Anzahl und Standorte der geplanten Baumschutzmaßnahmen bei öffentlichen Parkplätzen.

2. Ein Konzept für das Uni-Viertel bis zum Juni vorzulegen. Dieses Konzept hat auf jeden Fall zu beinhalten:
 - a) Nochmalige Überprüfung der Anrainer:innengarage unter Beteiligung der Karl-Franzens-Universität Graz.
 - b) Klare Kommunikation, welche und wie viele Parkplätze in der Umgebung bis zum Ende der Gemeinderatsperiode gestrichen werden.
 - c) Welche Ersatzmaßnahmen dafür ergriffen werden.

Clubobfrau Daniela GMEINBAUER

30. März 2023

A N T R A G **zur** **Dringlichen Behandlung**

Betreff: Maßnahmenpaket für die durch die Baustelle der Innenstadt-Entlastungsstrecke betroffenen BewohnerInnen, Betriebe und BesucherInnen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Baumaßnahmen zur sogenannten Innenstadt-Entlastungsstrecke versprechen zwar mittelfristig eine Verbesserung der Qualität des öffentlichen Verkehrs und der innenstädtischen Infrastruktur, stellen allerdings die ansässigen Gewerbetreibende im Augenblick durch Lärm, Schmutz und andere Belastungen vor zahlreiche Herausforderungen.

Selbstverständlich sind Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen zu begrüßen, die positive Rahmenbedingungen für die Zukunft schaffen. Gleichzeitig ziehen solche Projekte aber während der Bauzeit möglicherweise sogar Existenz bedrohende Umsatzeinbrüche für Unternehmen nach sich, von denen insbesondere der Handel oder die Gastronomie betroffen sind. Nicht zuletzt führen Verkehrsumleitungen und der Wegfall von Parkmöglichkeiten zu erheblichen Schwierigkeiten in Erreichbarkeit und Transport, was zusätzlich mit negativen Auswirkungen für den Geschäftsbetrieb verbunden ist. Neben dem Umfang der exemplarisch geschilderten Belastungen, bedeutet vor allem die unverhältnismäßig lange Dauer der Beeinträchtigungen von immerhin drei Jahren, eine erhebliche Erschwernis in der Aufrechterhaltung der betroffenen Betriebe. Wenn Kund:innen als Folge überlanger Baumaßnahmen, mangelnder bis schlechter Kommunikation und einer Verkehrsberuhigung, deren Umsetzungsgrundlage ausschließlich Hast ist, längere Zeit den betreffenden Geschäftslökalen fernbleiben, so entstehen Umsatzverluste, die im schlimmsten Fall die Geschäftsaufgabe zur Folge haben können.

Es ist nun Aufgabe verantwortungsvoller Politik, die Sorgen und Ängste der Wirtschaftstreibenden, der Angestellten, der Anrainer:innen sehr ernst zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass diese Einschränkung nicht zum Verblässen oder gar den Verlust der über die Jahre aufgebauten Attraktivität der Innenstadt nachhaltig beeinträchtigen. Denn der Erfolg und die Beliebtheit dieser unseren Grazer Innenstadt ist keine Selbstverständlichkeit. Sie fußen auf dem Engagement hervorragender Unternehmen, dem Einsatz hunderter Angestellter und Dienstleister, großen Frequenzbringern, wie etwa Kastner & Öhler und der für die gesamte Innenstadt-

wirtschaft so wichtigen Garage, und nicht zuletzt einer konsequenten Politik in den letzten Jahrzehnten, die mit Maßnahmen wie der AltstadtBim („fahrende Rolltreppe“) über Kinderbetreuung während Shoppingtouren bis hin zu GrazLog (Hauszustellung von Einkäufen) wesentliche Akzente gesetzt hat.

Es braucht aus Sicht der Grazer Volkspartei jetzt ein Maßnahmenpaket, um die Innenstadt zu unterstützen und Anreize zu schaffen, damit die Menschen auch weiterhin hier einkaufen und ihre Zeit verbringen.

Als Grazer Volkspartei erwarten wir nun, dass wesentliche Lehren aus dem unzufrieden stellenden bisherigen Baustellen- und Kommunikationsmanagement und anderen damit zusammenhängenden Versäumnissen gezogen werden.

Aus diesem Grund stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Dringlichen Antrag,

um weitere negative Auswirkungen für die Betroffenen zu verhindern oder zumindest zu lindern:

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, die Umsetzung folgender Maßnahmen für die Dauer der Baustelle zu überprüfen:

1. Die Gewährleistung einer zeitgerechten, niederschweligen und regelmäßigen Information aller von der Baustelle betroffenen Anrainer:innen und Wirtschaftstreibenden über den Baufortschritt und über kurzfristig stärkere Beeinträchtigungen oder Verzögerungen durch die Baustelle.
2. Die Implementierung einer konkreten Ansprechpartnerin, die den Betroffenen unmittelbar in Problemfragen zur Verfügung steht.
3. Die kostenlose Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel in Anlehnung an die Advent-Bim-Aktion am ersten Samstag jeden Monats.
4. Das kostenfreie Parken in der Blauen Zone (Zone 01) während der ersten Stunde des Parkens.
5. Die Erarbeitung und Unterstützung eines Gutscheinkonzepts für das kostenfreie Parken während einer Stunde in Tiefgaragen nach Einkauf oder Konsumation in betroffenen Geschäften und Lokalen.
6. Die Bereitstellung kostengünstiger Parkmöglichkeiten in Tiefgaragen als Ersatzmaßnahme für betroffene Anrainer:innen mit Ausnahmegenehmigungen für die (Kurzpark)Zone 01.
7. Werbemaßnahmen der betroffenen Betriebe und Unternehmen, wie etwa Plakatierung an Bauzäunen, Banner oder ähnlichem, möglichst unbürokratisch bzw. kostenfrei zuzulassen und zu unterstützen.
8. Die Genehmigung von Sonderaktionen oder Events der Unternehmer:innen rund um die Baustelle möglichst flexibel und unbürokratisch zu behandeln.

(Korruptions-) Freier Gemeinderatsklub

KO Mag. Alexis Pascuttini
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 29. März 2023

Betreff: Abschaffung der Steiermärkischen Landesabgabe
Dringlicher Antrag

Mit 1. Jänner 2024 soll die bisherige GIS-Gebühr durch eine generelle Haushaltsabgabe ersetzt werden und so weiter die (steirischen) Haushalte finanziell belasten. Die Landesabgabe liegt dabei weiter in der Kompetenz der Länder, aktuell macht sie in der Steiermark 28,65 Euro im Monat aus. Ab 2024 könnten es circa 20 Euro sein. Das sind jährlich rund 240 Euro, die auf Grund der aktuellen Teuerung bei vielen Menschen einen hohen Betrag ausmachen und in der Haushaltsrechnung fehlen.

Die Landesabgabe für die Steiermark generiert insgesamt rund 31 Mio. Euro. Dieser Betrag ist für den Bereich Kultur und Sport zweckgewidmet. Laut Medienberichten sollen 75 Prozent dieses Betrages für Kultur, 15 Prozent für Instandhaltung und zehn Prozent für Sport reserviert werden.

Da in Krisenzeiten alle Beteiligten ihre Gürtel enger schnallen müssen, muss auch der zum Teil bereits massiv übersubventionierte Kultursektor seinen Teil zur Entlastung der steirischen Bevölkerung beitragen und müssen die Ausgaben in diesem Bereich gekürzt werden. Eine Abschaffung der steirischen Landesabgabe ist daher zu rechtfertigen.

In Niederösterreich ist das Aus die Landesabgabe bereits beschlossene Sache und stellt diese Abschaffung eine deutliche Entlastung für die niederösterreichischen Haushalte dar: *„Das Aus für die Landesabgabe im Zuge der Umstellung der ORF-Finanzierung von der GIS-Gebühr auf eine Haushaltsabgabe bringt Angaben vom Sonntag zufolge eine jährliche Ersparnis von 69,60 Euro und in Summe knapp 41 Millionen Euro pro Jahr für Niederösterreichs GIS-Zahler. Die Förderungen für Kultur und Sport, für die das Geld aus der Abgabe derzeit verwendet wird, sollen aus dem allgemeinen Budget des Landes finanziert werden.“*¹

Die Steiermark sollte es Niederösterreich gleichtun und in einem ersten Schritt zur finanziellen Entlastung der steirischen Bevölkerung die Landesabgabe ebenfalls abschaffen.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

¹ <https://www.derstandard.at/story/2000144932950/gruene-klubobfrau-kritisiert-aus-fuer-orf-landesabgabe-in-niederoesterreich>

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge sich auf dem Petitionsweg an das Land Steiermark wenden und die Abschaffung der ORF-Landesabgabe mit 01.01.2024 einfordern.

(Korruptions-) Freier Gemeinderatsklub

GR Mag. Michael Winter
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 29. März 2023

Betreff: Deutsch an Grazer Schulhöfen
Dringlicher Antrag

Sprache ist verbindendes Element einer funktionierenden Gesellschaft und Sprache stellt auch ein komplexes „Werkzeug“ dar, um sich im sozialen Gefüge auszudrücken und entsprechend zu artikulieren. Je fähiger jemand ist, sich in einer entsprechenden Sprache auszudrücken, desto mehr kann er sich in eine Gesellschaft einbringen und fühlt sich in dieser auch angekommen und angenommen.

Diese Fakten haben in einer multikulturellen Gesellschaft, in der viele unterschiedliche Muttersprachen gesprochen werden, umso mehr Gewicht. Besonders auch, weil Österreich immer mehr zu einem multikulturellen Land umgestaltet wird. Davon ist Graz auch immer stärker betroffen.

Deutsch ist Amtssprache in Österreich und nur wer die deutsche Sprache beherrscht, ist auch in der Lage, sich aus den oben genannten Gründen in Österreich zurecht zu finden. Und nur wer die deutsche Sprache einübt und im täglichen Gebrauch anwendet, wird Deutsch auch gut lernen.

Gerade Kindern ist es besonders leicht möglich, beim Spracherwerb gute Fortschritte zu machen und so in Österreich bestmögliche Bildungschancen und Perspektiven zu erhalten. Dazu braucht es eine gemeinsame Sprache, deren Erwerb an den Schulen so gut wie möglich unterstützt werden soll.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Abteilung der Stadt Graz möge auf die Grazer Schulen positiv einwirken, damit sie die bewusste Entscheidung treffen und Deutsch als Pausensprache wie in Niederösterreich in der Hausordnung festlegen.

Dringlicher Antrag

in der Gemeinderatssitzung vom 30. März 2023
eingebracht von GR Sabine Reininghaus

Betreff: Mobile Verschattungselemente für ausgewiesene Hitze-Hotspots

Bereits seit mehr als 30 Jahren erforscht die Stadt Graz kontinuierlich das Stadtklima und stellt Daten bereit, die als Grundlage für so wichtige Instrumente wie die Klimatopkarten, Windfelder-Karten oder etwa Karten mit planerischen Hinweisen zur Entwicklung von Temperaturen dienen. Am 17.9.2020 beschloss der Grazer Gemeinderat dazu einstimmig den Grundsatz zur Weiterentwicklung der traditionellen Stadtklimaanalyse hin zum Klimainformationssystem, KIS^(*1), wobei Stadtplanungsamt, Stadtvermessungsamt, Umweltamt und Stadtbaudirektion eng zusammenarbeiten. Die städtischen Abteilungen analysieren dabei den jeweils vorherrschenden stadtklimatischen Ist-Zustand, stellen den Grad der Grazer Luftgüte dar, berechnen aber auch spieltheoretisch die zu erwartende Entwicklung von Emissionen durch Klimaänderungen.

Durch den Einsatz von Drohnen mit hochauflösenden Wärmebildkameras, 3D-Scannern und RGB –Bildern, lässt sich nun beispielsweise die exakte Kühlungswirkung von Fassadenbegrünungen, Baumpflanzungen, Rasenflächen und Verschattungselementen messen, genauso wie die „gefühlte Temperatur“ auf öffentlichen Plätzen und Straßenzügen.

(*1) https://www.graz.at/cms/beitrag/10282564/11988940/Klima_Informationssystem_KIS.html

(*2) <https://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/news/sommer-2021-sehr-warm-und-teils-nass-teils-trocken>

(*3) Symbolfoto

So weisen die KIS-Messdaten den **Freiheitsplatz, Karmeliterplatz, Tummelplatz, die Wielandgasse, Elisabethnergasse, Teile der Schubertstraße und der Karl-Franzens-Universität sowie die Annenstraße** als Hitze-Hotspots aus.

Außer Diskussion steht, dass Phasen mit länger anhaltender, extremer Hitze besonders für Kinder, ältere und kranke Menschen gesundheitsgefährdende Auswirkungen haben können. In Graz verzeichnete man bis Ende August 2021 insgesamt 24 Hitzetage^(2*), wobei es vergleichsweise in der Klimaperiode 1961 – 1990 noch 3,7 Hitzetage pro Sommer waren.

Die vorliegenden stadtklimatischen Messdaten zu den Grazer Hitze-Hotspots sehe ich als Handlungsauftrag an die politischen EntscheidungsträgerInnen. Mittel u.- langfristig sind Maßnahmen wie Fassadenbegrünungen, Baumpflanzungen oder etwa das Anlegen von Rasen u.- Wasserflächen zur Kühlung der ausgewiesenen Hitze-Hotspots zu planen, doch es braucht bereits diesen Sommer eine schnelle Lösung, zumindest für die Hitze-Hotspot-Plätze.

Eine kostengünstige und mobile Lösung für die größeren Grazer Plätze könnte beispielsweise in der Montage von Verschattungselementen liegen. Um die Aufenthaltsqualität auf den Grazer Stadtplätzen zu erhöhen, stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

- 1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Montage mobiler Verschattungselemente in Erwägung ziehen, um die Hitze-Hotspots laut KIS-Analyse, aber auch den Grazer Hauptplatz zu kühlen und derart die urbane Aufenthaltsqualität zu verbessern.**
- 2.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen auch prüfen, die verschatteten Zonen mit mobilen Pflanztrögen und Sitzbänken auszustatten.**
- 3.) Dem Gemeinderat ist längstens in der Juni-Gemeinderatssitzung darüber Bericht zu erstatten.**



(*3) Symbolfoto

GR Günter Wagner
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 30. März 2023

Betreff: Grillverbot Auwiesen
Dringlicher Antrag

Die Grillsaison hat bereits gestartet und es ist schon bald wieder mit unzumutbaren Zuständen auf den Auwiesen zu rechnen. Beklagt werden herumliegender Müll, Lärm- und Emissionsbelästigungen sowie die Brandgefahr. Die Brandgefahr ist insofern von besonderer Relevanz, da in Graz ein Verbot von Brauchtumsfeuern besteht. Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Entzünden eines Feuers zur Brauchtumpflege verboten, aber gleichzeitig das Grillen mit offenem Feuer im öffentlichen Raum erlaubt ist.

Des Weiteren ist eine Waldbrandverordnung in Kraft, welche das Feuerentzünden in den Grazer Waldgebieten sowie in der Nähe der Wälder untersagt.

Im September des vorigen Jahres wurde ein Lösungsansatz der freiheitlichen Partei abgelehnt und stattdessen ein Abänderungsantrag beschlossen. Dieser beinhaltete die Entwicklung eines umfassenden Maßnahmenpaketes bis zum 1. Quartal 2023 und die Präsentation der Ergebnisse in Form einer Informationsveranstaltung. Da die Umsetzung dieses Antrages bisher ausblieb, sehen wir erneut dringenden Handlungsbedarf. Solange keine angemessene Lösung im Sinne der Anrainer existiert, ist es aus unserer Sicht notwendig ein Grillverbot auf den Auwiesen zu beschließen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen, ein Grillverbot mit offenem Feuer auf den Grazer Auwiesen umzusetzen.